Wenn Nachbars Solaranlage blendet

Verwaltungsgericht Ein Mann fühlt sich durch die neue Solaranlage des Nachbarn gestört. Der Streit geht bis ans Verwaltungsgericht, das sich schliesslich hinter den Bau der Anlage stellt.

Roger Probst

Die Geschichte beginnt harmlos: Ein Ehepaar, das in einem Dorf in der Region Thun wohnt, will nachhaltiger leben und entschliesst sich deshalb dazu, eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Eigenheims zu installieren. Gesagt, getan: Im Frühling 2019 wird die rund 70 Quadratmeter grosse Anlage ans Netz angeschlossen. Die Freude am grünen Strom Marke Eigenproduktion währt indes nicht lange. Bereits nach wenigen Monaten beschwert sich ein Nachbar. Ihn blende die Sonne, welche an den Modulen reflektiert werde. Es bleibt nicht dabei: Der Mann verlangt, die Anlage auf der beanstandeten Seite des Dachs zu entfernen oder zumindest die Module mit blendfreien Teilen zu ersetzen. Der Nachbar hat es mit seinem Standpunkt bei den Behörden schwer. Er blitzt sowohl bei der Gemeinde als auch dem Kanton ab. Klein bei gibt er deswegen nicht. Er zieht den Fall ans Verwaltungsgericht.

Der Mann stört sich unter anderem daran, dass vor dem Bau keine detaillierten Abklärungen zu den Auswirkungen der Solaranlage gemacht worden sind. Wäre dies geschehen, hätte man aus seiner Sicht bemerken müssen, dass ihn die Panels übermässig blendeten. Dem hält das Verwaltungsgericht in seinem jüngst publizierten Entscheid aber vehement entgegen.

Werden die Augen geschädigt?

Es stützt sich dabei auf das Raumplanungsgesetz. Darin ist festgehalten, dass Solaranlagen auf Dächern in der Bau- oder Landwirtschaftszone nicht baubewilligungspflichtig sind, sofern sie nicht über die Dachfläche hinausragen, als kompakte Fläche zusammenhängen und nach dem Stand der Technik reflexionsarm sind. Die beanstandete Anlage erfüllt alle diese Auflagen. Es sei Sinn und Zweck der Bestimmungen, den Bau solcher Anlagen zu vereinfachen, schreibt das Verwaltungsgericht

in seinem Entscheid. Es benötige deshalb keine vorgängigen Abklärungen.

Weiter behauptet der Nachbar, dass die Blendungen, die er als «massiv und lästig» bezeichnet, seine Augen schädigen könnten. Ein unabhängiger Gut-

«Es ist nicht davon auszugehen, dass die Blendwirkungen zur Schädigung der Augen führen».

Aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts

achter kam jedoch zu einem anderen Schluss. So seien die Blendungen innerhalb der tolerierbaren Werte. Das Gericht sah keinen Grund, nicht auf die Expertenmeinung abzustützen. Es sei «nicht davon auszugehen, dass die Blendwirkungen zur

Schädigung der Augen führen». Nicht zuletzt, weil der Mensch natürliche Abwehrreflexe habe, heisst es im Urteil.

Massnahmen nicht verhältnismässig

Der Nachbar gibt sich in seiner Eingabe konstruktiv und schlägt gleich mehrere Lösungen vor. So sei für ihn ein gangbarer Weg, die gesamte Anlage auf der Ostseite zu installieren – also auf der von ihm abgewandten Seite. Er berücksichtigt dabei aber nicht, dass die Ostseite des Dachs ab Mittag im Schatten liegt. Um die Sonnenenergie ganztags nutzen zu können, müsste das Ehepaar einen Batteriespeicher installieren.

Dies erachtet das Gericht als unverhältnismässig, da es «aufwendig und mit grossen finanziellen Kosten verbunden wäre». Ebenso kein Gehör findet der Vorschlag des Beschwerdeführers, die Panels jeweils abzudecken, wenn sie ihn blenden. Dies erfordere eine massgeschneiderte und damit teure Lösung, da

sich der Sonnenstand täglich ändere, führt das Gericht aus.

Abwägung von privaten und öffentlichen Interessen

Bereits geprüft hatte der Kanton, ob eine neue Hecke oder ein Baum das Problem entschärfen könnte. Die Platzverhältnisse lassen dies aber nicht zu. Abschliessend kommt das Gericht zum Schluss, dass es keine verhältnismässigen Massnahmen gibt, welche die Situation für den Nachbar verbessern. Am Ende ist es laut Verwaltungsgericht auch eine Abwägung von dem öffentlichen Interesse, erneuerbare Energien zu nutzen und dem privaten Interesse des Beschwerdeführers, der sich durch die Anlage gestört fühlt. Weil er mit seinen Argumenten nicht durchgedrungen ist, muss der klagende Nachbar die Gerichtskosten von 3500 Franken und die Anwaltskosten des Ehepaars in der Höhe von rund 3000 Franken tragen. Und muss weiterhin damit leben, dass ihn die Panels mehr oder weniger blenden.

Umweltdirektion warnt vor Waldbrandgefahr

Kanton Bern Aufgrund der Trockenheit herrscht im Kanton Bern zurzeit erhebliche Waldbrandgefahr.

Die Waldbrandgefahr wird neu im ganzen Kanton Bern als «erheblich» beurteilt. Das teilte die bernische Umweltdirektion am Donnerstag mit. Mit dem warmen, sonnigen Wetter seien Blätter und Nadeln auf den Waldböden leicht entzündbar. Im Mittelland und im Jura habe die Bise in den letzten Wochen die Böden zusätzlich ausgetrocknet. Mit den heissen Temperaturen bis mindestens Anfang kommender Woche werde die Gefahr weiter zunehmen. Mittelfristig seien keine grösseren Niederschläge prognostiziert. Eine Entspannung der Lage sei nicht absehbar. Feuerverbote sind aktuell nirgends im Kanton in Kraft. Die Bevölkerung wird aber aufgerufen, bei starkem Wind auf Feuer zu verzichten und Feuer nur in fest eingerichteten Stellen mit betoniertem Boden zu entfachen. Zudem seien Feuer immer zu beaufsichtigen und bei Funkenwurf sofort zu löschen. (sda)

Basejumper tödlich verunfallt